

gers, Erich Mühsams und Augustin Souchys, grundlegende statuarische Bestimmungen der Gesamtorganisation und schließlich einen detaillierten Index der Personen und Treffpunkte.

Insgesamt handelt es sich um eine präzise recherchierte, u. a. auf der Auswertung von Beständen der bayerischen Staats- und Kommunalarchive sowie der anarchistischen und syndikalistischen Presse basierende Arbeit. Sie bleibt allerdings sehr stark einer konventionellen organisationsgeschichtlichen Darstellungsweise verhaftet und differenziert nicht immer hinreichend zwischen der Geschichte, Theorie und Programmatik der syndikalistischen Bewegung auf Reichsebene und der lokalen bzw. regionalen Entwicklung der FAUD in Südbayern. Neuere Forschungsansätze und Fragestellungen, die insbesondere in den letzten Aufsätzen von Bert Altena und Marcel van der Linden thematisiert werden, werden ebenso wie die Frage nach der Bedeutung des nachinflationären Wandels der sozioökonomischen Rahmenbedingungen für die Marginalisierung der syndikalistischen Bewegung kaum aufgegriffen. Die Einordnung in die Geschichte der Arbeiterbewegungen in München bzw. Südbayern fällt gerade vor dem Hintergrund der spezifischen politischen Verhältnisse in der „Ordnungszelle“ Bayern sehr knapp aus.

Jürgen Jenko

Europäischer Parlamentarismus der Zwischenkriegszeit im Vergleich

Andreas Wirsching (Hg.): Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie. Die Weimarer Republik im europäischen Vergleich, Oldenbourg Verlag München 2007 (= Schriftenreihe der Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 13), 24,80 €.

Obgleich das Forschungsinteresse an der Weimarer Republik in den vergangenen Jahren merklich abgenommen und sich die Aufmerksamkeit der deutschen Geschichtswissenschaft stärker auf die Bundesrepublik verlagert hat, zählen Untersuchungen über das Scheitern der ersten deutschen Republik immer noch zu den mobilisierenden Themen der Zeitgeschichte. Dies dokumentieren vor allem die unlängst erschienenen Gesamtdarstellungen, in die nunmehr auch die stärker kulturwissenschaftlich dominierten Spezialuntersuchungen der letzten Jahre eingeflossen sind.² Den zentralen Fluchtpunkt aller Darstellungen zur Weimarer Republik stellt dabei immer noch der Untergang der Republik bzw. der Weg zur nationalsozialistischen Machtübernahme dar. In den jahrzehntelangen Debatten zwischen den Verfechtern der These von der Selbstpreisgabe der Republik und denjenigen, die stärker die

2 Vgl. etwa Ulrich Kluge: Die Weimarer Republik, Stuttgart 2006 oder Ursula Büttner: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008 sowie aus dem US-amerikanischen Forschungsraum Eric D. Weitz: Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton 2007.

vielfältigen strukturellen Schwächen ins Felde führen, hat sich mittlerweile eine gewisse Balance eingependelt, ohne dass die Debatten damit gänzlich verebbt sind.³

Neben einem unübersehbaren Trend zur stärkeren Einbeziehung kulturalistischer Aspekte in die Forschung zur Weimarer Republik zeichnet sich in jüngster Zeit noch eine weitere Akzentsetzung ab, die – im Zuge eines allgemeinen Trends zu stärker transnationalen oder internationalen Sichtweisen –, das Scheitern der ersten deutschen Republik im Kontext der allgemeinen europäischen Geschichte verortet und entsprechende Vergleiche anstellt.⁴ In diesem Zusammenhang wird vor allem der Frage nachgegangen, mit welchen spezifischen Problemen und Herausforderungen einzelne Staaten konfrontiert waren und welche übergreifenden, gleich mehrere Länder des europäischen Kontinents betreffenden Belastungen und Problemlagen zum Tragen kamen. Im Kontext dieser Perspektiverweiterung, die die Forschung zur Weimarer Republik nicht nur außenpolitisch stärker in internationale Zusammenhänge stellt, ist auch der vom Augsburgener Historiker Andreas Wirsching herausgegebene Sammelband über die parlamentarische Demokratie der Zwischenkriegszeit anzuführen. Gerade für die 1920er Jahre kommt dem Parlamentarismus dabei wesentliche Bedeutung zu, treffen doch hier die beiden zentralen Entwicklungspfade demokratischer Entwicklung – die Ausweitung der politischen Partizipation sowohl durch ein erweitertes Wahlrecht als auch durch eine stärkere Parlamentsbeteiligung – idealtypisch zusammen. Berücksichtigt man jedoch, dass die Interparlamentarische Union bereits 1924 eine Krise des Parlamentarismus diagnostizierte,⁵ können die „Herausforderungen der parlamentarischen Demokratie“ als verbindende Ausgangslage der europäischen Staaten in den 1920er Jahren betrachtet werden.

Der Band, der auf ein von der Stiftung Gedenkstätte Reichspräsident Friedrich-Ebert organisiertes Kolloquium in Rostock zurückgeht, gliedert sich in drei Hauptproblemfelder: Zunächst wird – mit Blick auf die Folgen des Ersten Weltkriegs – nach der grundlegenden Entwicklung der parlamentarischen Regierungssysteme gefragt (Erster Teil), sodann werden die Formen der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen – insbesondere im Hinblick auf das Parteien- und Verbandssystem – untersucht (Zweiter Teil) und schließlich werden sozialstaatliche und Arbeitsmarktbezogene Aspekte beleuchtet (Dritter Teil). Als Folie des Vergleichs dienen den acht Beiträgen und zwei Kommentaren der Publikation vor allem die vier großen Flächenstaaten Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland. Hinzu kommen zwei einführende Beiträge von Andreas Wirsching und Hans Mommsen, die den Gesamtrahmen des Themas abstecken.

Der Überblick von Hans Mommsen (Feldafing) stellt dabei eine „tour d’horizon“ durch die Entwicklung der einzelnen europäischen Staaten in der Zwischenkriegszeit dar, in der auch einige der osteuropäischen Länder einbezogen werden, die ansonsten häufig – leider

3 Siehe in diesem Sinne u.a. Dirk Blasius: Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005.

4 Vgl. hierzu etwa Marie-Luise Recker (Hg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich, München 2004.

5 Vgl. hierzu bereits Horst Möller: Europa zwischen den Weltkriegen, München 1998, S. 6f.

auch weitgehend im weiteren Verlauf des vorliegenden Bandes – ausgeblendet bleiben. Hans Mommsen arbeitet überzeugend heraus, dass der Parlamentarismus der 1920er Jahre von Anfang an in der Defensive stand. Vor allem in den neu geschaffenen europäischen Mittelstaaten erwiesen sich die parlamentarischen Systeme äußerst fragil, so dass – ausgehend von Ungarn im Jahre 1919 – zahlreiche Länder einen Wandel von der parlamentarischen Demokratie zu autoritären Systemen erlebten. Mommsen macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass neben der Fülle spezifischer Faktoren einzelner Staaten auch gemeinsame Probleme auszumachen sind, so etwa die anhaltende Schwäche des politischen Liberalismus und zahlreiche Nationalitätenkonflikte. Mit Blick auf Deutschland identifiziert Mommsen ebenfalls Sonderbedingungen und führt in diesem Zusammenhang die Stärke der antirepublikanischen Kräfte und die Macht der Verbände an, verweist zugleich aber auch auf die Abhängigkeit der politischen Lage in Deutschland von externen Faktoren.

Thomas Mergel (Berlin) vertieft diese Überlegungen in seinem Beitrag, indem er in Anlehnung an seine Forschungen zur parlamentarischen Kultur der Weimarer Republik darlegt,⁶ dass – ungeachtet des erstaunlich hohen Ausmaßes an Kooperation auf Arbeitsebene – in den politischen Debatten die Fundamentalgegensätze und weltanschaulichen Differenzen in aller Schärfe ausgetragen wurden. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen spielten dabei, so Mergel, lange Zeit aber eine eher untergeordnete Rolle. Erst in der Endphase der Republik, als die Erwartungshaltung gegenüber dem Staat sowie die Kontroversen der Kontrahenten nochmals an Schärfe gewannen und gleichzeitig die Bereitschaft sank, angesichts der Maximalforderungen der eigenen Parteigänger politische Verantwortung zu übernehmen, erodierte der Parlamentarismus der Weimarer Republik dann vollends. Da der Weimarer Parlamentarismus lediglich bei den Nationalversammlungswahlen 1919 eine stabile, die Demokratie stützende Koalition aufwies, können die übermäßigen Erwartungen an Politik und Politiker so als eine wesentliche Ursache für die begrenzte Handlungsfähigkeit des Parlamentarismus der Weimarer Republik gesehen werden.

Noch fragiler als im deutschen Parlamentarismus präsentierten sich die Verhältnisse in Italien. Hier hatte der politische und gesellschaftliche Wandel nach dem Ersten Weltkrieg zu noch stärkeren Gegensätzen der alten und neuen politischen Eliten geführt, die schließlich bürgerkriegsähnliche Zustände mit über 1.000 Toten zur Folge hatten und in der Regierungsübernahme Mussolinis gipfelten. Sven Reichard (Konstanz) legt überzeugend dar, dass diese Entwicklung neben dem traditionellen Klientelismus und der Zersplitterung der italienischen Gesellschaft im Wesentlichen auf die Schwäche der Staatsgewalt zurückzuführen war, die es nicht vermochte, im Zusammenspiel mit den kommunalen Instanzen das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen.

Der deutschen und italienischen Entwicklung stellt Thomas Raithel (München) die Stabilisierung des französischen Parlamentarismus in den 1920er Jahren gegenüber. Er zeigt, dass die Auswirkungen des Kriegs in Frankreich weit geringere Konsequenzen nach sich zogen und es dem Parlamentarismus gelang, sich trotz vielfältiger Krisensymptome – allein

6 Vgl. Thomas Mergel: *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.

zwischen 1924 und 1926 wechselten zehn Kabinette einander ab – bis in die 1930er Jahre zu behaupten. Dem französischen Etatismus und einer systemloyalen „Ad-Hoc-Opposition“ wird dabei von Raithel ebenso Bedeutung zugesprochen wie dem Handeln einzelner Führungspersönlichkeiten, die mit ihrem charismatischen Politikstil Zustimmung zum politischen System einforderten – und erhielten.

Den zweiten Hauptabschnitt des Bandes zur Rolle der gesellschaftlichen Kräfte der Zwischenkriegszeit leitet Stefan Grüner (Augsburg) mit einem Überblick zur Entwicklung der Parteiensysteme in Deutschland, Frankreich und Großbritannien ein. Die Rahmenbedingungen in Deutschland – vom Verhältniswahlssystem bis zum hohen Grad an Organisationsdichte der deutschen Parteien – werden von ihm als Fundament gewertet, das eine prinzipiell hohe Integrationskraft zugelassen hätte, vor allem im unmittelbaren Vergleich mit dem französischen und britischen Parteiensystem. Während in Frankreich den Parteien der Charakter von (Massen-)Integrationsparteien fehlte, grenzte das Mehrheitswahlrecht des Westminstersystems nicht unbeträchtliche Teile der Gesellschaft, mithin sogar „qualifizierte Minderheiten“, aus. Im Gegensatz zum britischen und französischen Fall, in dem sich die demokratischen Parteien gegenüber den systemfeindlichen Kräften behaupteten, ist für das deutsche Beispiel jedoch eine Erosion des Parteiensystems konstatieren. Zurückgeführt wird diese Diskrepanz von Stefan Grüner im Wesentlichen auf die Existenz einer größeren Anzahl von „systemstützende[n] und systemerfahrene[n] Mitspieler[n]“ in Frankreich und Großbritannien, die letztlich auf die demokratische(re)n Traditionen dieser Staaten zurückzuführen seien.

Der Beitrag des Wirtschafts- und Sozialhistorikers Werner Plumpe (Frankfurt) über die Unternehmerverbände der 1920er Jahre in Deutschland im Allgemeinen – und den Reichsverband der Deutschen Industrie im Besonderen – stellt ein Plädoyer für eine differenziertere Sicht auf die Rolle von Industrieorganisationen in der Zwischenkriegszeit dar, die Plumpes Ansicht nach vielfach pauschal abgeurteilt werden. Die Sonderstellung der Weimarer Republik sieht er in dem Umstand begründet, dass der Staat in zunehmendem Maße als Konkurrent zu den Unternehmen wirtschaftlich in Erscheinung trat und dass darüber hinaus die Unternehmen infolge des Verlusts der internationalen Absatzmärkte bei gleichzeitig anhaltend hohen Kosten mit erheblichen Herausforderungen konfrontiert waren. Die Situation spitzte sich während der Weltwirtschaftskrise derart zu, dass man seitens der Unternehmerverbände eine „Sanierung“ der Wirtschaft im Rahmen des parlamentarischen Systems für wenig aussichtsreich erachtete. Hierin sei aber, so Plumpe keine spezifische politische Haltung, sondern vielmehr eine ökonomische „ratio“ zu erkennen. Klaus Schönhoven (Mannheim/Paris), der die beiden vorgenannten Beiträge mit einem ausführlicheren Kommentar begleitete, untermauerte im Hinblick auf den Vergleich zwischen den Parteiensystem Frankreichs und Deutschlands die Bedeutung eines nationalen Grundkonsenses, an dem es Deutschland gemangelt habe. Auch wenn Schönhoven Werner Plumpes Argumentation im Hinblick auf die Relevanz ökonomischer Argumente für die Haltung der Unternehmerverbände unterstreicht, relativiert er die Gesamtaussage des Beitrags doch dahingehend, die politische Systemloyalität der Unternehmer auch in ökonomisch vorteilhafteren Zeiten nicht sonderlich ausgeprägt zu sehen. In diesem Zusammenhang spricht er den antidemokratischen Verbandstraditionen, die auf das Kaiserreich zurückgehen, eine wichtige Funktion zu.

Nach den institutions- und akteurszentrierten Beiträgen der beiden ersten Hauptkapitel behandelt der dritte Abschnitt des Bandes mit dem Arbeitsmarkt und dem Sozialstaat einzelne Politikfelder im Detail. Matthias Reiß (Exeter) zeigt in seinem Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien, dass die regulatorischen und gesetzgeberischen Maßnahmen nicht nur grundlegend divergierten, sondern auch, dass sie äußerst unterschiedliche Wirkungen zur Konsequenz hatten. Während in Großbritannien die Sicherung des Existenzminimums Bedürftiger einen wichtigen Leitfaden der Politik darstellte, setzte die deutsche Politik mit Arbeitsdienst und Arbeitszwang stärker auf eine kontrollierende Politik, die einer Bevormundung oder sogar Entmündigung gleich kam, und – so Reiß – infolgedessen nicht dazu beitragen konnte, eine Systemloyalität zum parlamentarischen System herzustellen.

Unterstützt wird diese Sichtweise von Gabriele Metzler (Tübingen), die mit Blick auf die sozialstaatliche Ausgestaltung des Staats verdeutlicht, dass die sozialpolitischen Ansprüche und Leistungen der Weimarer Republik vor allem zum Ende der Republik keine legitimato-rischen Funktionen für den Parlamentarismus nach sich zogen, sondern vielmehr die Kritik noch verstärkten. Gerade korporatistische Ideen als Gegenmodell zum Parlamentarismus erhielten in diesem Zusammenhang neue Nahrung. Demgegenüber waren die sozialpolitischen Ansprüche in Frankreich und Großbritannien im Verlauf der 1920er Jahre, so Metzler, stets merklich zurückhaltender artikuliert wurden, so dass es hier in den krisengeschüttelten Jahren nach der Weltwirtschaftskrise nicht in gleichem Maße zur Fundamentalopposition gegenüber dem parlamentarischen System gekommen sei. Dass die Sozialpolitik ausschließlich in der Weimarer Republik zur „Systemfrage“ wurde, unterstreicht auch der Kommentar von Werner Müller (Rostock), der in den bis zu Bismarcks Sozialgesetzgebung zurückreichenden Traditionslinien – und den damit verknüpften Erwartungshaltungen – einen wichtigen Unterschied zu Frankreich und Großbritannien ausmacht. Zugleich verweist er aber auf die finanziellen Grenzen der ersten deutschen Republik und den Umstand, dass in den 1920er Jahren in Deutschland so gegensätzliche sozialstaatliche Ordnungsvorstellungen kollidierten, dass kaum eine Chance bestand, parlamentarisches Regierungssystem und Sozialstaat miteinander in Einklang zu bringen.

Zieht man mit dem Herausgeber Andreas Wirsching eine Bilanz der einzelnen Beiträge des Sammelbands, dann kann – einmal mehr – konstatiert werden, dass „höchst vielfältige Ursachen für die unterschiedlichen Pfade der parlamentarischen Demokratien in Europa“ auszumachen sind. Dass dem Zusammenhang von sozialstaatlicher Entwicklung und parlamentarischer Demokratie dabei besondere Bedeutung beigemessen wird, ist nicht nur dem Konzept der Publikation geschuldet, sondern spiegelt zu einem guten Teil auch jüngere Forschungstendenzen wider. Das Hauptverdienst des Bandes liegt indes in der Identifikation, Erläuterung und der international ausgerichteten Kontextualisierung einer beträchtlichen Anzahl unterschiedlicher Ursachen. Zugleich werden aber auch die Desiderate der gegenwärtigen Forschungslage zur Zwischenkriegszeit – vor allem zur Weimarer Republik – deutlich. Bei aller Relevanz der zurzeit dominierenden Kulturgeschichte zeigt sich doch,⁷

7 Vgl. in diesem Sinne Moritz Föllmer/Rüdiger Graf (Hg.): Die „Krise“ der Weimarer Republik. Zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main 2005.

dass der Blick auf den internationalen Kontext und entsprechende Vergleiche nicht durch eine ausschließlich kulturgeschichtliche Perspektive verstellt werden sollte. Andreas Wirschings ebenso anregender wie verdienstvoller Sammelband veranschaulicht, dass hier lediglich erste Breschen in ein erstaunlicherweise noch weitgehend unbearbeitetes Terrain geschlagen wurden. Nicht nur für eine neue Politikgeschichte, sondern auch für eine gleichsam „klassische“ historiografische Politikgeschichte besteht infolgedessen noch erheblicher Forschungsbedarf. Im Wesentlichen sind dabei drei Kernaufgaben zu identifizieren:

- 1) Da der Leser über Länder wie Belgien und die Niederlande oder die skandinavischen Staaten noch weniger als über die mittel- und osteuropäischen Länder erfährt, scheint es geboten, neben den großen Flächenstaaten auch in zunehmendem Maße weitere Staaten in Untersuchungen mit einzubeziehen. Trotz der damit verbundenen Komplexitätssteigerung erscheint es plausibel, dass so auch der Erkenntniswert von Vergleichen erhöht wird.
- 2) Ausdrücklich hervorzuheben ist, dass im besprochenen Sammelband nicht nur einzelne parlamentarische Systeme additiv nebeneinander gestellt wurden, sondern zahlreiche Autoren die Mühen eines im- oder expliziten Vergleichs nicht gescheut haben. Diese Vorgehensweise, die sowohl in methodischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die Quellenrecherche ungleich aufwändiger ist, sollte eine Vertiefung erfahren, da gerade aus derartigen Studien vielfach der größte Erkenntnisgewinn wächst. Nicht übersehen – aber im Hinblick auf gegenwärtige Konjunkturwellen auch nicht überbetont – werden sollte in diesem Zusammenhang die Frage von transnationalen Transfers und Wechselwirkungen, die bereits auch für die Periode der 1920er Jahre vielfach im Parteiensystem auszumachen sind.⁸
- 3) Um diese Forschungsziele zu erreichen, bedarf es schließlich auch einer stärkeren internationalen Kooperation. So breit der Blick der ausschließlich deutschen Wissenschaftler im vorliegenden Band auch ist – eine europäisch vergleichende Perspektive, die sich die zahlreichen, bereits vorliegenden Detailstudien zu Nutze macht, ist wohl nur zu erzielen, wenn man die Kooperationsanstrengungen im europäischen Forschungsraum noch merklich verstärkt. Aber auch wenn es bis zu einer europaweiten historischen Parlamentarismusforschung noch ein sehr weiter Weg sein mag, der vorliegende Band zeigt die Perspektiven eines solchen Unterfangens überzeugend auf.

Jürgen Mittag

8 Vgl. in diesem Sinne etwa Stefan Berger: Internationalismus als Lippenbekenntnis? Die transnationale Kooperation sozialdemokratischer Parteien in der Zwischenkriegszeit, in: Jürgen Mittag (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa, Essen 2006, S. 197–214 und Wolfram Kaiser: Christian Democracy and the Origins of European Union, Oxford 2007.